

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Abonnementspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direkter Zustellung ohne Bestellgebühr monatlich 3.— M., bei Zustellung unter Straßendruck 3.— M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postgesetzgebung für 1919 eingetragene Zeitung.

Interate sollen die achtspaltige Nonparillzeile oder deren Raum 120 Mm., Wortauslagen das jeweilige Wort 40 Pm., jedes weitere Wort 25 Pm., Leerzeilen 20 Pm. Bei Anzeigen u. Veranlassungen gilt der Zuschlag fort. Interate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Verantwortlicher: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19
Gesamtsprecher: Amt Norden 9788

FREIHEIT

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Was geht vor?

Wir erhalten von vollkommen zuverlässiger Seite folgenden Bericht:

In einer am Freitag im „Neuen Kurs“ in Dahlen stattgefundenen Versammlung der Bürgerwehr führte der Mittmeister Maack aus:

Nachdem wir durch den Friedensvertrag gezwungen sind, die Ausrüstung unseres Heeresbestandes auf 100 000 Mann vorzunehmen, sind wir daran gegangen, Bürgerwehren aufzubauen.

Die Bezahlung erfolgt nicht durch die Regierung, sondern durch die kapitalkräftigen Bürger des Staates.

Die Bürgerwehren befinden sich seit gestern in Alarmbereitschaft zur Ausführung folgenden Planes:

Alle Listen sind alle Adressen der revolutionären Elemente zusammengestellt. In den nächsten Tagen sollen alle die darauf Verzeichneten verhaftet und zwangsweise nach Frankreich zum Wiederaufbau abtransportiert werden.

Die Reichsregierung sei mit dem Plane einverstanden. Die Bürgerwehren gelten als alarmiert auf das Stichwort „Kraut“.

Die Äußerungen des Mittmeisters Maack sind, das behaupten wir, vollkommen authentisch. Denkwürdig ist es zunächst bezweifeln, daß selbst in den Reihen der putschglühendsten Offiziere ein so unsinniger Plan noch irgendwelche Abtransport verhafteter Revolutionäre nach Frankreich ernstlich erwogen werden könnte. Jedenfalls aber diese Äußerungen, wie es in den Köpfen hundert Offiziere, die in den Bürgerwehren ihr Unwesen treiben, anschaute, und daß die konterrevolutionären Verbände eifrig an der Arbeit sind. Den Arbeitern rufen wir: **Seid auf der Hut!**

Der „Putsch“ in Ludwigshafen.

Über die Ursachen der Vorgänge in Ludwigshafen ist immer noch keine Klarheit verbreitet. Es wird jedoch immer deutlicher, daß die zuerst verbreiteten Meldungen von einem planmäßigen Putsch in der „Falsch“ übertrieben waren. Außer in Ludwigshafen hat sich in der ganzen Pfalz nichts ereignet, aber auch in Ludwigshafen ist jetzt alles ruhig. Nach neueren Meldungen haben fast sämtliche Arbeiter und Angestellte die Arbeit niedergelassen als Protest gegen die Vorgänge. Sie verlangen die Freilassung der von den Franzosen Verhafteten.

Mannheim, 30. August.

Die Pfalz-Zentrale meldet: Heute vormittag fand mit Genehmigung der französischen Behörden eine Versammlung in Ludwigshafen statt, an der rund 2000 Männer aller Parteien und die Vertreter aller Gewerkschaften teilnahmen. Die nachfolgende Versammlung führte zu einer eindrucksvollen Kundgebung, die das Deutsche Volk in der Rheinpfalz und zu einer klaren Abgrenzung mit den Französlingen und ihren Protektoren. Die rassistische Ostentation wurde, die bisherige Vergewaltigung in der Pfalz geachtet und mit voller Einmütigkeit die Entschliebung angenommen, in der es heißt:

Die Arbeiterschaft Ludwigshafens wird am Montag wieder zur Arbeit aufgerufen. Sie erwartet jedoch von den französischen Behörden, daß alle unschuldig Verhafteten sofort auf freien Fuß gesetzt werden. Ist das bis Montag nicht der Fall, wird die Arbeit in der ganzen Pfalz eingestellt. Weitere Vergewaltigungen der persönlichen Freiheit werden durch entsprechende Aktionen der Arbeiter- und Bürgerwehr beantwortet werden. Die Pressefreiheit ist sofort herzustellen, ebenso die volle Versammlungsfreiheit für die Regierungs- und Verwaltungsstellen. Die Verharmlosung bedeutet einen vollen Erfolg der revolutionären Bevölkerung in der Pfalz, besonders der Arbeiter, die sich einmütig mit Einschluß der Unabhängigen hinter ihre Führer stellte.

Das Militär bleibt in Oberschlesien.

Breslau, 30. August.

Der Reichs- und Staatskommissar für Schlesien und Westpreußen wird aus allen Kreisen der Bevölkerung Oberschlesiens, vor allem aber aus den politischen Arbeitern, mit den dringendsten Wünschen beauftragt, das Militär ja nicht aus seinen bisherigen Standorten zurückzuführen, da man sonst die Beunruhigungen und neue Arbeiterausbreitungen befürchten würde.

Der Reichskommissar erklärt hierzu, daß er keineswegs daran denke, der ruhigen und arbeitwilligen Bevölkerung Oberschlesiens den Schutz der Reichswehr zu entziehen, das Militär bleibt, abgesehen von einigen aus militärischen Gründen vorzunehmenden Truppenverchiebungen

nach wie vor zum Schutze des ober-schlesischen Volkes in Oberschlesien. Wachsam und schlagfertig wird die Reichswehr jeden neuen Versuch zur Beunruhigung des Volkes oder zu einem Angriff auf unsere Landesgrenzen im Keime ersticken. Zu irgend welcher Beunruhigung, auch in den Grenzbezirken, besteht daher kein Anlaß.

Die Gärung im Elsaß.

Jern, 30. August.

Der Basler „Vorwärts“ erzählt aus St. Ludwig i. El., daß seitens der sozialdemokratischen Parteileitung ein in Massen hergestelltes Flugblatt an die elsass-lothringische Bevölkerung zur Verteilung gelangt sei, das die schwersten Anklagen gegen die jetzige französische Regierung erhebe. Der erste Friedenswinter drohe hart zu werden, weil die französische Regierung der Forderung nicht entgegenwirken könne. Die Regierung werde selber durch ihre Militärherrschaft die soziale Ordnung, weshalb die Arbeiter zum politischen Kampf antreten müßten. Seitens der französischen Behörden wird, so meldet der „Vorwärts“ weiter, auf dieses Flugblatt energisch Jagd gemacht, und die Verteiler wurden verhaftet, soweit man ihrer noch habhaft werden konnte. In den letzten Tagen sind neuerdings bedeutende militärische Verstärkungen nach dem Elsaß gekommen, weil man dort einen revolutionären Sturm vermutet. An eine Demobilisierung der im Elsaß befindlichen französischen Truppen ist in absehbarer Zeit nicht zu denken.

Die Streikbewegung in Amerika.

Vor einem Eisenbahnerstreik.

H. N. Haag, 29. August.

„Daily News“ berichten aus New York: Durch Abstimmung wird wahrscheinlich am 2. September ein Eisenbahnerstreik proklamiert werden. In 20 Staaten werden 65 Streiks durchgeführt werden, die sich auf etwa 300 000 Arbeiter ausdehnen.

Welche Mittel Wilson gegen einen Eisenbahnerstreik anwenden will, zeigt folgende Meldung:

H. N. Haag, 30. August.

Holländisch Newsbureau meldet aus Washington: Präsident Wilson hat die Eisenbahnverwaltung der Vereinigten Staaten ermächtigt, wenn es nötig sein sollte, die gesamte Regierungsmacht in Anspruch zu nehmen, um die Eisenbahnwege in Kalifornien, Arizona und anderen Gebieten zu schützen. In diesen Teilen wollen die Arbeiter der vier Gewerkschaften in einen nicht autorisierten Streik treten.

Die Bewegung der Stahlarbeiter.

H. N. Haag, 30. August.

Holländisch Newsbureau meldet aus Washington: Das Exekutivkomitee des Stahlarbeiterverbandes hat nach Beratungen mit dem Arbeiterführer Comperd an den Präsidenten der United Steel Corporation Garry einen Brief gerichtet, in dem mit einem Streik gedroht wird, wenn die Forderungen der Stahlarbeiter nicht innerhalb einer bestimmten Frist erfüllt werden.

Die Veranlagung des Friedensvertrages in Frankreich.

Paris, 30. August. (Havas.)

Die Kammer saß gestern in der Erörterung des Friedensvertrages fort. Barrès sagte, daß er dem Vertrage trotz seiner Mängel zustimme. Die Regierung müsse eine rheinländische Politik verfolgen, die sich auf die Wünsche der Bevölkerung stütze, die nicht bei Preußen, aber doch deutsch bleiben und eine gewisse Autonomie im Rahmen Deutschlands genießen wolle. Barrès verlangte, daß nach der Besetzung der moralische Einfluß Frankreichs in den Rheinlanden bestehen bleibe und eine Bürgschaft für künftige Sicherheit diene.

Albert Thomas erklärte, daß er mit der Propaganda in den Rheinlanden einverstanden sei. Er lehne aber jeden Druck auf die Bevölkerung ab. Ferner meinte der Redner, daß die Zerstörung der deutschen Einheit mit den Interessen Frankreichs im Widerspruch stehen würde. Er bemühte sich, zu beweisen, daß die neuen Elemente in Deutschland eine Reuegelung des deutschen Volkes vorantreiben ließen. Unter dem Vorfall der Kammer sagte der Redner, daß der Krieg zum erstenmal als Verbrechen behandelt werde, und daß er sich einer Aburteilung des Kaisers nicht entgegensetze, da einmal die Frage der Verantwortlichkeit gestellt sei. Deutschland müsse Frankreichs Forderungen gerecht werden. Bezüglich des Völkerbundes fragte Thomas an, ob die Regierung ihre alte Politik aufrecht erhalten wolle oder ob sie die des Völkerbundes einschlagen werde, die das Heil Frankreich bedeute.

wachte Sitzung Dienstag vormittag.

Cassalle.

Zu seinem 55. Todestage.

Zum fünfundsüßzigsten Male fährt sich heute der Tag an dem Ferdinand Lassalle einem Duell zum Opfer fiel.

Die deutsche Arbeiterschaft hat allen Anlaß, dankbar dessen zu gedenken, was Lassalle für sie leistete. Doch ist das deutsche Proletariat aus der Bevormundung der liberalen Bourgeoisie losriß, die Notwendigkeit einer selbständigen Politik und einer selbständigen politischen Organisation erkannte, das ist nicht zuletzt sein Verdienst. Ueberzeugt von der Unfähigkeit der Bourgeoisie, den sittlichen Ruin, die „Idee“ des Staates, an die er glaubte, zu verwirklichen, erachtete er den „Arbeiterstand“ als jene Klasse der Gesellschaft, die berufen sei, sein Staatsideal zu verwirklichen. Schon die hilflose Lage dieser Bedrückten und Entrechteten mußte in ihnen den „tiefen Instinkt“ wecken, daß der Zweck des Staates nicht bloß darin bestünde, den Nachwächler für die Sicherheit des liberalen Speichbürgers und seines Eigentums zu spielen, sondern darin, „das menschliche Wesen zur positiven Entfaltung und fortschreitenden Entwicklung zu bringen, mit anderen Worten, die menschliche Bestimmung — d. i. die Kultur, deren das Menschengeschlecht fähig ist — zum wirklichen Dasein zu gestalten“.

So rief er den Arbeitern seinen wundervollen Wortschatz zu: „Es ziemen Ihnen nicht mehr die Laster der Unlebensdrücken, noch die müßigen Zerstreungen der Gedankenlosen noch selbst der harmlose Leichtsinns der Unbedeutenden. Sie sind der Fels, auf welchem die Kirche der Zukunft gebaut werden soll.“ So stellte er sich Anfang 1863 dem Komitee der Leipziger Arbeiter zur Verfügung, das Unterstützung für seine Bemühungen suchte, die Arbeiter zu selbständiger Aktion zu vereinigen, nachdem es von den Rechten der Fortschrittspartei auf die Frage nach dem Beitritt der Arbeiter zum Nationalverein die denkwürdige Antwort erhalten hatte, die Arbeiter sollten sich als die „geborenen Ehrenmitglieder“ des Vereins betrachten. So ward er der Gründer und erste Präsident des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, jene Keimzelle der späteren Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. So wurde er, ein glänzender Geist, ein hinreißender Redner, ein wahrhaft populärer Schriftsteller, für Tausende und Abertausende deutscher Arbeiter ein Vater und Wegweiser, ja für viele fast ein Heiliger, an dessen Wesen und Wirken Kritik zu üben ihnen wie ein Verbrechen erschienen wäre.

Eine solche Verehrung Lassalles ist indessen unangebracht. Die Schwächen seiner Persönlichkeit und seiner Wirksamkeit vertuschen wollen, ließe eine Geschichtsfälschung begehen, und die hat Lassalle immerhin nicht nötig. Sie darf aber vor allem auch deshalb nicht Platz greifen, weil die Arbeiterklasse nie genug von ihren Führern lernen kann; und das bedingt nicht nur Eingebung und Gläubigkeit gegenüber ihren Worten, das bedingt nicht weniger kritisches Urteil, objektive Würdigung ihres Handelns.

Lassalle ging aus von der „Idee“ des Staates als etwas Geworbenen und Ewigem; die ideologische Verherrlichung des Staates war nicht unbedenklich. Sicherlich war seine Theorie revolutionär gedacht, aber es ist, wie Vernstein gelegentlich sagt, die Achillesferse aller Ideologie, daß sie, auch wenn sie revolutionär gedacht ist, immer in Gefahr ist, in eine Verklärung bestehender oder vergangener Zustände umzuschlagen.

Aber das eigentlich Bedenkliche an Lassalles Wirksamkeit war nicht die ideologische Begründung und Beseelung für den proletarischen Klassenkampf. Schlimmer war, daß Lassalle die Bedingungen dieses Kampfes verkannte, nicht die Widerstände, die sich ihm entgegenstellten, und die Möglichkeiten, sie zu überwinden, richtig einschätzte, und deshalb zu allerlei Experimenten kam, die eine starke Gefahr in sich bargen, die Bewegung auf Abwege zu bringen. Er mißachtete die ökonomischen Voraussetzungen für eine Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse und kam dadurch zu einer Politik, die in den Abgrund zu führen drohte.

Wenn Lassalle als Mittel zur Befreiung der Arbeiterklasse vor allem das allgemeine, gleiche Wahlrecht und Produktionsgenossenschaften für die Gründung von Produktionsgenossenschaften der Arbeiter forderte, so war in diesen Forderungen an sich nichts Bedenkliches. Der Gedanke, auf dem Wege über Produktionsgenossenschaften zu einer sozialistischen Wirtschaft zu gelangen, wird überlebt erscheinen; er erklärt sich zum guten Teil aus einer Wirtschaftsepoche, die den modernen Großbetrieb als beherrschenden Wirtschaftsfaktor noch nicht kannte. Aber auch Marx hielt es für möglich, daß die Produktionsgenossenschaften allmählich zu Nationen auf nationaler Ebene übergeführt werden könnten. Der Gedanke der „Staatshilfe“ für die Gründung von Produktionsgenossenschaften war an sich auch nicht von der Hand zu weisen, — wenn nur damit nicht die

Erwartung verbunden gewesen wäre, eine solche Staatsstille von dem bestehenden Staate, einem von Feudalismus und Bourgeoisie beherrschten Staate, bereits erlangen zu können. Das war eine völlige Verkennung des Erreichbaren und war geeignet, die Arbeiter in gefährliche Illusionen einzuwiegen. — Das Verlangen nach dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht war vollends sehr wohl begründet. Das allgemeine, gleiche Wahlrecht konnte und mußte als ein wertvolles Mittel erscheinen, das Proletariat stärker an der Politik zu interessieren, es zu schulen und zur Geltung zu bringen, die Agitation unter den Unaufgeklärten zu fördern und aus den jeweiligen Abstimmungsresultaten den Erfolg der Propaganda, die Reife der Massen und damit die politisch-sozialen Möglichkeiten zu erkennen. Nur irrt die Dossalle in der Annahme, das gleiche Wahlrecht werde in kürzester Zeit eine Mehrheit im preussischen Landtage schaffen, die eine Verwirklichung der parlamentarischen Forderungen an die Gesetzgebung gestatten würde; er verkennt, daß zu seiner Zeit das Proletariat doch erst eine verhältnismäßig geringe Minderheit der Staatsbürger darstellte; er beachtet nicht, worauf Kautsky hingewiesen hat, die Teilung nach Stadt und Land, sondern nur die Einkommensverteilung in arm und reich, so daß er die Landarbeiter und kleinen Bauern zu den Massen zählte, die sich sofort in die Arbeiterkataloge einreihen lassen würden. Das eigentlich Verhängnisvolle aber war, daß er — im Zusammenhange mit seinem Irrtum über die Wirksamkeit des allgemeinen Wahlrechts und wohl auch beeinflusst durch seine Einschätzung des Staatsbegriffs, dazu getrieben von dem Ehrgeiz, sofortige „Erfolge“ zu erzielen — auf den Gedanken kam, durch ein Hand-in-Hand-Arbeiten mit der jungerlichen Regierung zur Verwirklichung seiner Pläne zu gelangen. Er unterhandelte mit Bismarck. Die Regierung sollte den Arbeitern das allgemeine, gleiche Wahlrecht beschaffen. Damit sollte sich Bismarck die Unterstützung der Arbeiter in seinem Kampf gegen die liberale Bourgeoisie erkufen. Gewiß war auch die Bourgeoisie Feindin einer selbständigen Arbeiterbewegung. Aber wohin mußte es führen, wenn das Proletariat sich mit dem Feudalismus verbündete, um zunächst die Bourgeoisie niederzuzwingen, deren Aufstieg die Voraussetzung für die Klassenfaltung und den endgültigen Sieg des Proletariats bedeuten mußte? Bismarck konnte der Plan wohl lösen. Die Macht der Bourgeoisie brannte ihm auf den Nägeln; die des Proletariats sah er noch in weitem Felde. Er erkannte wahrscheinlich klarer als Dossalle, daß das Opfer des gleichen Wahlrechts so bald noch keine Arbeiterherrschschaft im Parlament bedeuten würde. Kein Zweifel, daß er der Gewinnende gewesen wäre, wenn er sich wirklich die Unterstützung Rasselles und der von ihm beeinflussten Arbeiterbewegung durch die Gewährung des gleichen allgemeinen Wahlrechts gesichert hätte.

Natürlich wollte Dossalle das Beste; er glaubte, durch seine Annäherung an Bismarck den Arbeitern den Weg zu öffnen, um zur Macht zu kommen, die Bourgeoisie zu überwinden und dann auch mit den anderen Widerständen der Herrschaft des Proletariats auszuräumen. Wie Marx es 1865 in einem Briefe an Kugelmann ausdrückte: „Dossalle geriet auf diese Abwege, weil er in der Art des Herrn Riquel ein „Realpolitiker“, nur von größerem Zuschnitt und mit mächtigeren Zwecken war.“

Es war jenes Streben, das sich auch heute noch mit dem Namen „Realpolitik“ zu schmücken sucht, das die ökonomischen und sozialen Bedingungen außer acht lassen zu können glaubt, um durch allerlei Listen und Kniffe, durch eine Kulissen- und Kompromißpolitik alle möglichen Vorteile zu erringen, und die eben deshalb doch immer zum Scheitern verurteilt ist.

Dossalles Tod behütete ihn vor der Fortsetzung des Weges, den er mit den Verhandlungen mit Bismarck begonnen hatte, behütete ihn damit vor bitteren Enttäuschungen und lächelndem Frust. Sicherlich hatte Marx recht, wenn er in dem genannten Briefe von der „Kontödie“, die Dossalle zu spielen begonnen, sagt, sie hätte, durchgeführt, ihn „verdammt lächerlich und gekloppt erscheinen lassen. Und allen Versuchen solcher Art für immer ein Ende gemacht.“

Die Erinnerung an Ferdinand Lassalle sollte uns eine Mahnung sein, uns nicht auf ähnliche Experimente wieder einzulassen. Auch heute noch ist die Zahl der sozialistischen Politiker ja nicht gering, die da meinen, durch ein Rechtsmittel mit den Gegnern des Proletariats für seine Interessen etwas Wertvolles herauszuschlagen zu können. Auch diese Art von Realpolitik verbleibt erscheinen, so auf der anderen Seite doch auch die hier und dort bemerkbare Auffassung, die Modestellung, die das Proletariat errungen, gebe nun ohne weiteres bereits die Möglichkeit, alle Wünsche von heute auf morgen zu verwirklichen, denn auch hier werden gewisse ökonomische Hemmnisse nicht erkannt oder doch nicht richtig eingeschätzt.

Insofern Lassalle „Realpolitik“ in solchem anrüchlichen Sinne zu treiben suchte, verdient er Kritik und Ablehnung. Aber Karl Marx vergah in seinem schroffen Urteil über Dossalle doch auch nicht hervorzuheben, daß er ein „Realpolitiker“ von großer Buschheit und mächtigen Zwecken war. Und dieser große Zug in Lassalle, sein hohes Ziel, die Inbrunst seines Willens, die Hingabe an seine Aufgabe, das alles verdient unsere Bewunderung. Und lasse uns anfeuern, ihm nachzueifern, soweit es jedem nach seinen Kräften möglich ist. Unvergessen muß ihm bleiben, was er für den Befreiungskampf des Proletariats geleistet hat. Und was er uns in seinen Schriften hinterließ, wird noch lange für unsere Sache weiterwirken. Nicht zueist ihm verdanken wir die bis heute errungenen Fortschritte des deutschen Proletariats. Aber es braucht an dieser Stelle ja nicht noch einmal betont zu werden: Noch sind wir nicht am Ziel. Noch muß vieles geschehen, um die alten Machthaber wirklich zu entwurzeln und das neue Reich, das Reich des Sozialismus, zu verwirklichen. Noch wird viel Kraft, viel Einsatz dafür erforderlich sein. Lernen wir hier, im Guten wie im Schlechten, von Lassalle!

Die Ausfuhr belgischer Kohlen ist durch die Regierung genehmigt worden, und zwar für Frankreich monatlich 300 000 Tonnen, für Italien, wie bereits gemeldet wurde, 50 000 Tonnen und für die Schweiz 80 000 Tonnen monatlich. Mit Holland verhandelt Belgien über eine monatliche Lieferung von 10 000 Tonnen.

Was die Amerikaner in Frankreich zurücklassen. Nach den Pariser Wählern hinterlassen die Amerikaner auf französischem Boden Einrichtungen aller Art, wie Eisenbahnen, Docks, Baracken und elektrische Anlagen, deren Wert man auf zehn Milliarden Francs schätzt.

Die unbequemen Bedingungen.

Mit Bezug auf die Unterredung des Herrn Roske mit dem Korrespondenten des „Matin“, die wir im Abendblatt am 28. August besprochen haben, wird uns noch folgendes geschrieben:

Als die Verfallener Friedensbedingungen veröffentlicht wurden, ließ die Regierung durch die ihr ergabene Presse Jeter und Nordio über fast alle Bedingungen des Vertrages schreiben, nur über die beiden Punkte, die für den Militarismus gerade von besonderer Wichtigkeit waren, nämlich: „Auslieferung der schuldigen Offiziere“ und „Verminderung des Heeres auf 100 000 Mann“ bewahrte die Regierung und ihre Presse zunächst fast völliges Stillschweigen. Es ist klar, daß die Regierung von diesen beiden Punkten deswegen nicht sprechen wollte, weil die große Mehrheit des deutschen Volkes gelang hätte, daß sie gegen diese beiden Punkte am wenigsten etwas einzuwenden hätte. Mit einem Protest dagegen konnte die Regierung keinen Staat machen, sie hätte das Volk nicht bewegen können, den Friedensvertrag wegen dieser beiden Punkten abzulehnen. Sie hoffte durch das Kesseltreiben gegen die anderen Bedingungen eine allgemeine Zustimmung im deutschen Volke zu erzeugen, die zur Ablehnung des Friedensvertrages hätten führen können. Dank der Agitation der Unabhängigen Sozialdemokraten ist hieraus nichts geworden.

Als es nun am 22. Juni zu der entscheidenden Sitzung kam, offenbarte es sich, was die Regierung wollte. Auf einmal erklärte sie den Punkt über die Auslieferung der schuldigen Offiziere als den allerwichtigsten. Außerdem hatte sie in dem vorausgegangenem Notenswechsel darauf hingewiesen, wie wichtig für sie die Erhöhung der Mindeststärke des Heeres sei und wirklich erreicht, daß ihr zunächst 200 000 Mann gelassen wurden.

Jetzt spricht Roske offen aus, daß der Regierung vor allem an diesen beiden Bedingungen gelegen ist. Die schweren wirtschaftlichen Bedrückungen, die der Verfallener Friedensvertrag enthält, haben für die Regierung weniger bedeutend geringeres Interesse. Man wird aber vergeblich in den tausend Artikeln und Reden, die im Monat Mai gedruckt und gehalten worden sind, Andeutungen darüber finden, daß diese beiden Punkte als die drückendsten bezeichnet wurden, denn sie sind damals kaum erwähnt worden.

Diese Frage gewinnt außerordentlich große politische Bedeutung in dem Augenblick, in dem die Entente die Auslieferung der Offiziere und die Herabsetzung der Präsenzstärke des Heeres verlangt und zu diesem Zwecke eine besondere Kontrolle einführt. Die Militärs werden nicht so leicht die Erfüllung dieser beiden Bestimmungen zugeben, und es kann dann mit Aufsehungen nach dem Beispiel von Aurland, daß wir soeben erlebt haben, gerechnet werden. Diese Gefahr sieht die Regierung aber nicht. Sie hat ihre Blinde nach links gerichtet, und die Hauptrolle scheint ihr jetzt zu sein, die „Bogschlichkeit“ der Arbeiter mit Gewalt zu unterdrücken.

Die Rechtssozialisten und die Revolution.

Als Rubriker der Revolution suchen die Rechtssozialisten manchmal den Anschein zu erwecken, als wenn sie an ihrer Heilbehaltung irgendwelchen Anteil gehabt hätten. Obwohl man weiß, daß das nicht der Fall ist, verdient doch vermerkt zu werden, daß der berühmte Winnig in einem Brief an die „Königsberger Volkszeitung“ ausdrücklich betont, daß weder er, noch seine ganze Partei die Revolution gewollt haben. Aus dem Brief ist ferner bemerkenswert, was Winnig über den bisherigen Verlauf der Revolution sagt. Die Regierung habe zum Kampf gegen die Entartung der Revolution aufzurufen müssen.

Aber wer folgte ihrem Ruf? Zu einem erheblichen Teile waren es Angehörige der bestehenden Klassen und, soweit sie politisch agierten, der rechtssozialistischen Parteien. Die Arbeiterschaft hielt sich zurück. Diese Entwicklung aber bestimmte nun bereits auch die Politik der Regierung. Weil die Hilfe des Bürgeriums bei der Aufrechterhaltung der staatlichen und ökonomischen Ordnung unentbehrlich war, konnte die Regierung nicht eine rein sozialdemokratische Politik treiben, sondern mußte auf die Ansprüche der übrigen Bevölkerung eine gewisse Rücksicht nehmen.

Selbst das „Berliner Tageblatt“ sieht sich gegenüber diesen Ausführungen zu der Feststellung genötigt, daß Winnig als Reichskommissar für Aurland sich allzu sehr mit bestimmten Schichten des Bürgeriums, und zwar mit der militärischen Reaktion eingelassen habe, eine Tatsache, die jetzt bereits zu unabsehbaren Konsequenzen zu führen drohe. Diese Bemerkungen sind vollkommen richtig, sie treffen aber nicht nur allein auf die Politik Winnigs an, sondern auf die Politik der rechtssozialistischen Partei überhaupt, die von Beginn der Revolution ab aus Furcht vor der Arbeiterschaft bestrebt war, sich in den alten Militaristen eine Macht gegen die Arbeiterschaft zu bereiten.

„Es gibt keine Gefahr von rechts.“

Erst in der kürzlich stattgehabten Tagung des rechtssozialistischen Parteikongresses erklärten Franz Krüger und der Außenminister Hermann Müller, daß keine Gefahr von rechts bestehe, daß man aber alle Kraft auf den Kampf gegen links konzentrieren müsse. Es könnte ja Wunder nehmen, daß trotz des täglichen Bekanntwerdens der monarchistischen Agitation, trotz der vielen, sich immer häufenden Uebergriffe monarchistischer Offiziere, trotz der offenen Verhöhnung der Republik und der Verachtung für ihre Abzeichen, die Herren Rechtssozialisten immer noch keine Gefahr von rechts sehen. Aber sie haben sich so in die bürgerlichen Gedankengänge eingelebt, sie schmelzen so im Gefühle ihres Rechtsbewußtseins, daß sie die eigentliche Gefahr nicht sehen.

Im „Vorwärts“ vom Sonnabend riß ein Offiziersvertreter einen offenen Brief an den Oberst Reinhardt, den Führer der Reichswehrbrigade Berlin, dem wir folgende bezeichnende Stellen entnehmen. Nachdem der Schreiber einen Tagesbefehl des Obersten Reinhardt zitiert, welcher dem Bund eine die Truppe zersetzende Politik vorwirft, fährt er gegen den Obersten Reinhardt aus:

Eine zersetzende Politik dürfte wohl von Ihnen in die Truppe getragen werden, denn Sie bekennen sich offen zur Monarchie, nennen die Regierung öffentlich ein Gefindel, dem Finanzminister Erzberger einen Rumpen und

nennen die Schwarg-rot-goldene Fahne die „Fahne der Freiheit“. Sie stellen sogar die ungeheuerliche Behauptung auf, daß die Berliner Volkstruppe die Leibgarde Erzbergers und Bedingungen sei, im gegebenen Augenblick die Reichswehr loszulassen.

Der stellvertretende Regimentskommandant des Reichswehregiments 2 wurde von Ihnen auf die Straße geschleift, weil er Sie darauf aufmerksam machte, die monarchistischen Tendenzen zu unterlassen. Das ist bezeichnend! ...

Sie agitierten bewußt mit allen Ihnen zu Gebote stehenden Mitteln für die Monarchie, schreien seitdem dem Reichbraut der Kommandogewalt für Ihre Zwecke nicht zurück.

Es ist allerhöchste Zeit, daß die Regierung und die Offiziere auf Ihre erregungserregende Tätigkeit aufmerksam gemacht wird. Für einen Mann wie Sie, der die Republik zu schädigen sucht, wo es nur eben geht, ist kein Platz in der Reichswehr! Wenn Sie es mit Ihrer Partei gleichberechtigt vereinbaren können, einen Präsidenten ernennen, dann dürfen Sie der Regierung kein Treuegelübde geben. Vor allen Dingen dürfen Sie den Treueid nicht leisten, der von Ihnen gefordert werden wird.

Wer nun glaubt, daß das Regierungsorgan gegenüber dieser Laifaktion die Forderung auf sofortige Entlassung Reinhardts an Roske stellt, ist auf dem Holzwege. Trotz Altaden, Reinhardt gegen „unseren Oberst“, gegen die „demokratischste Staatseinrichtung“ der Welt reitet, die „Vorwärts“ seine anderen Worte, als daß das Reichswehrministerium darauf achten müsse, anlässlich dieser Veröffentlichungen keine Maßregelungen stattfinden.“

„Der Mohr hat keine Schuldigkeit getan ...“

Die vom Zentralkrat ausgeschriebene Neutralität der Arbeiterräte stößt nicht nur bei den Arbeitern, sondern auch bei den Unternehmern auf Widerstand. Die Unternehmern denken noch den letzten Latzen der Regierung gegen den Volkzugrat der Kammer geschwollen ist, erkennen den Zentralkrat nicht als berechtigt an, Arbeiterentscheidungen zu ordnen. Das geht aus einem Schreiben des Verbandes der Berliner Metallindustriellen, gez. Ernst v. Porz, klar hervor. In diesem Rundschreiben heißt es u. a.:

Auch die vom Zentralkrat angeforderte Neutralität der Arbeiterräte ist nicht zu erfüllen. Sowohl das vom „roten“ Volkzugrat, als auch das vom „Zentralkrat“ eingeschlagene Vorgehen ist lediglich Privatunternehmen dar. Nachdem die Regierung den Bau des Rätebundes in die Hand genommen hat (Bericht des Volksrates), liegt keinerlei Veranlassung vor, als Vorgehen des Volksrates oder Zentralkrates, das lediglich geeignet ist, die Maßnahmen der Regierung zu durchkreuzen, irgendwie es durch Aufhebung von Listen, sei es durch Ausschlag von Listen in den Betrieben, zu unterstützen.

Weniger brutal, aber dem Sinne und der Richtung nach in derselben Richtung, wendet sich auch das „Berliner Tageblatt“ gegen den Zentralkrat. Schon vor einigen Tagen übte Herr B. Michaelis, der Führer der demokratischen Fraktion im Arbeiterrat, heftige Kritik an dem Vorgehen des Zentralkrates. In der gestrigen Abendtagung des „B. L.“ wird nun zu recht durchsichtigen Worten behauptet, der Zentralkrat sei „den Wünschen der Unabhängigen und Kommunisten im weitesten Maße entgegen gekommen.“

Während er die demokratischen Forderungen völlig beachtet gelassen und beispielsweise die freien Berufe und die selbständigen Gewerbetreibenden unter dem rein betrieblichen Wahl des Abstimmen die haben in die Nähe. Unter diesen Umständen können die radikalen Parteimitglieder die Dinge an sich heranommen lassen. Die Behauptung des Zentralkrates ist ihnen in jedem Fall die Behauptung im neuen Groß-Berliner Arbeiterrat sicher. So begrüßt der Kampfvollzugrat vorläufig mit radikalen Reklamationen und läßt unterdessen den aus Rechtssozialdemokraten zusammengesetzten Zentralkrat für sich arbeiten.“

Der Zentralkrat wird natürlich ebenso wie die Mehrheit der Berliner Arbeiterschaft über den Vorwurf erstaunt sein, daß er für den roten Volkzugrat „arbeiten“ müsse. Aber dieser demagogische Aniff des liberalen Organes, daß als Spion der demokratischen Arbeiterräte angesehen werden kann, ergänzt sehr gut die Offensive, die die Arbeitermacht der Großindustrie jetzt gegen den Zentralkrat eröffnet haben. Auch er ermahnt ihnen legt als Gefahr die Aufrechterhaltung ihres Herrenstandpunktes. Sie reagieren ihn deshalb mit verächtlichen Zuhritten nach dem Prinzip: „Der Mohr hat keine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen!“

Ankoppel-Kunze für „ehesten“ Antisemitismus

Die Antisemiten begaben sich auf neue Wege. In einer Protestversammlung gegen die Unterdrückung der Antisemiten Presse führte ein Redner nach dem Bericht der „Deutschen Tageszeitung“ aus:

Jetzt, wo wir dank der Revolutionserregung so viele kommen sind, daß 6 Millionen Deutsche auswandern müssen, muß man die Forderung erheben, daß in erster Linie die Juden auswandern sollen. Der Redner sprach unter tosendem Beifall die Hoffnung aus, daß der deutsche Volk sich frei machen möge von der Judenherdschaft. Mit Wille der Gewalt, sondern auf gesetzlichem Wege müsse man die Gewalt an sich reißen.

Und wer halte diese erleuchtete Eingebung? Nun, wie anderer als der bekannte Ankoppel-Kunze. Der Antisemit glaubt, daß die Antisemiten nun wirklich ruhig über sich vorgehen würden, wie eine arme Entschuldigungsaktion, antisemitische Bewegung ist zu sehr an früheren Standorten gebaut und entscheidet zu sehr der sachlichen Argumente, als daß von dieser Seite eine andere Kampfweise zu erwarten ist, als man sie bisher gewöhnt ist.

Wie für dieses neue Mittel agitiert wird, daß auch nachfolgendem hervor:

Der „Ausflug für Volkserregung“ hielt vor einigen Tagen im Reichshaus ein verträgliches Versammlung ab. Da Roske die weitere Beschäftigung des Bundes verboten hat und auch der Druck und Vertrieb von

Stärken unterlegt ist, hat Generalsekretär Runge Mittel ausfindig gemacht, durch die das Verbot umgangen werden soll. So treffen in diesen Tagen von Gefinnungsfeinden in Hamburg wieder 80 000 Heftflugblätter ein, die durch die Mitglieder des Bundes vorzulesen werden sollen.

Vor einigen Tagen ging die Meldung durch die Presse, daß der bekannte „Ausschuß für Volksaufklärung“, eine der schmutzigen Organisationen, aufgelöst worden sei. Wie aus obigem ersichtlich, entspricht dies nicht den Tatsachen.

Das baltische Abenteuer.

Statt, wie zu erwarten war, in energischer Weise mit dem Abenteuer in Ausland ein Ende zu machen und die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen, tut die Regierung das Dünkelste, was sie tun kann, indem sie eine umfassende Rettungsaktion für den Grafen v. d. Goltz einleitet. So wagt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ wie die „Völkisch-Parlamentarischen Nachrichten“ suchen den Grafen Goltz einzumanteln und seine Anwesenheit in Mitau — als berechtigt und notwendig hinzustellen. Besonders interessant ist, was die bekannte „zuständige Stelle“ in den „N. N.“ veröffentlicht:

General Graf von der Goltz steht mit seinen Truppen seit mehr als sechs Monaten auf außerordentlichem Posten in einer Lage, die bei den unklaren politischen Verhältnissen im Baltikum weitgehend neue Kräfte zeitigt. Dabei dient die Person des verantwortlichen Generals sowohl der Entente wie manden bei uns im Innern als Zielscheibe für Angriffe und Kritiken. Ueberdies ist ein vollständig verzerrtes Bild von diesem General in der Öffentlichkeit entstanden. Demgegenüber muß immer wieder betont werden, daß General Graf von der Goltz, wie sich die Regierung überzeugt hat, vollständig einwandfrei der heutigen deutschen Regierung dient, daß er keinerlei reaktionäre Politik getrieben oder solche Maßnahmen beabsichtigt hat, daß er alles getan hat unter völliger Abwesenheit seiner Person, um die vielfach angelegentlich und erregten deutschen Soldaten im Baltikum in Ruhe und Gehorsam zu halten. Die Nachrichten, daß dort eine kaiserrevolutionäre deutsche Armee gebildet sei, sind ebenso erfunden wie andere. Es hat eine starke Truppenmacht Litauen in Schach halten und diese Stadt mit ihren Kanonen bedrohen. Mehr ist vielmehr, daß die Stellung der verschiedenen Regierungen des baltischen Randlandes zur Frage der Bekämpfung des Bolschewismus, die wir dort lediglich zum Schutze Ostpreußens betreiben müssen, immer unklarer wird, daß die verschiedenen Teilnehmer der Entente gleichfalls keine einheitliche Politik dort vertreten, und daß es dadurch dem deutschen Führer ebenso wie dem Vertreter der deutschen Politik und auch dem früher tätigen Reichskommissar ungeheuer erschwert war und ist, die deutschen Aufgaben, nämlich geordnete Räumung des Baltikums unter Erhaltung und Durchführung der deutschen Männer und Güter und unter gleichzeitiger Schutze Ostpreußens, durchzuführen. Es war neuzeitlich befohlen, daß das General-Kommando VI. Reservekorps an dessen Spitze Graf Goltz steht, von Mitau zurückverlegt werden sollte, so daß der General, der zu einer Besetzung der Reichsregierung in Berlin war, nicht hätte nach Mitau zurückkehren brauchen. Da trotz der Nachricht von den ersten, eben geschiedenen Ereignissen bei der Eisernen Division ein Graf Goltz alle auf eigene Verantwortung zu den anzuordnenden Truppen, um unter Einsatz seiner Person ihre Aufregung einzudämmen und sie zur Ordnung zurückzuführen.

Ein Eingreifen hat wieder zu einem Reststreifen führen müssen, aber man sollte sich doch klar machen, daß wir uns selbst am schwersten schädigen, wenn wir unsere im Sturm auf Polen stehenden Aushenmänner, Führer und Truppe, mit einem weichen Korb weichen, an Stelle ihnen durch unsere Anerkennung ihrer schweren Lage festen Rückhalt zu geben.

Gegenüber dieser gewissenlosen Stimmungsmache für den Grafen Goltz eribrigt sich jedes Wort der Kritik. Die obenstehende Darstellung erbringt nur noch einen neuen Beweis für die vom „Vorwärts“ erhobene Tatsache, daß die Leiter der „Dibewegung“ in den Informationsstellen der Reichsregierung Medien und dauernd daran arbeiten, die Autorität der Regierung zu vernichten und den Friedensvertrag zu sabotieren. Da der „Vorwärts“ seine Namen genannt hat, wissen wir nicht, gegen wen sich diese Anklagen richten. Aber angesichts des andauernden Stands, daß die hier obenstehenden Verhältnisse ihr Spiel fortsetzen können, muß mit aller Entschiedenheit verlangt werden, daß die Verantwortlichkeit endlich die volle Wahrheit über diese Dinge gesagt und die eigentlichen Verantwortlichen der Affäre genannt werden. Die Unterdrückung der kurländischen Aufstandsbewegung muß hier in Berlin begonnen werden! Hier sitzen die eigentlichen Schuldigen, die Mitau-Schwärzer und Bundesgenossen des Grafen v. d. Goltz und seiner Eisernen Division.

Ueber die Vorgänge in Kurland erhalten wir auf dem Wege über Kopenhagen folgende drückliche Mitteilung:

Am 25. August hat General von der Goltz und der Kommandeur der Eisernen Division, Bischoff, eingetroffen. Während der litauischen Ausweichung versuchten die deutschen Soldaten auch die lettische Front zu berühren, konnten aber die eiserne Lär nicht aufbrechen. Der Volkstrotz protestierte in der Sitzung am Mittwoch gegen den Angriff auf Mitau und erließ einen Aufruf an das Volk, die Staatsordnung geschloßen zu verteidigen und die Krone zu halten.

Die „Litwa Sema“ berichtet, daß nach Tejnau nachweislich General von der Goltz einige hundert Millionen Mark in Deutschland für den Uebertritt der Truppen angetrieben habe und daß diese Summe gegen den Willen der deutschen Regierung, quasi unter russischer Wahrung, gegen die bolschewistischen Kämpen wolle. Das Wenigste sei herausfordernd, und es werde von einer Eröberung Mitau und einem Kampf gegen Bolschewisten und Engländer gesprochen. Das Blatt schreibt, daß die Entente energischer Maßnahmen ergreifen müsse.

Die Meldungen der „Litwa Sema“ nehmen an den Ausschreitungen der deutschen Truppen auch russische und deutsche Offiziere teil. Sie haben auch anreizende Reden gegen die Entente. Der Kommandeur der deutschen Eisernen Division Bischoff hielt eine Rede, daß die deutschen Soldaten mit der Waffe in der Hand Kurland behaupten wollen; er erklärte auch den Verzicht auf Mitau für unmöglich.

bedürfen. Auch beschließen sie, Kurland wieder einzunehmen. Die Regierung hat alle Maßnahmen getroffen, um allen Möglichkeiten begegnen zu können.

Die lettische Kommission für die Leitung der Evakuierung der deutschen Soldaten hat Mitau verlassen, ebenso die Ententeoffiziere und die Japanvertreter.

Ein zweites Telegramm berichtet, daß die allierten Missionen von den Ereignissen in Mitau nach Paris und London berichten; es werden energische Schritte unternommen; am 26. d. M. fand in Wien eine äußerst wichtige Konferenz sämtlicher Entente-Missionen unter Teilnahme von Regierungsvertretern und Politikern Russ, Umanid und Rennerowitsch statt am 26. von der Front nach Wien zurück. Dank Maßnahmen der Regierung sind die verhafteten lettischen Soldaten in Mitau befreit und die Waffenrückgabe zugesagt.

Von weiteren Meldungen über die Lage in Kurland seien nachstehende erwähnt:

Mitau, 20. August.
Der Kommandierende General Graf von der Goltz hat nachstehenden Tagesbefehl an die ihm unterstellten Truppen erlassen:

Am 25. d. abends haben etwa zweihundert Mann deutsche und in russischen Diensten befindliche deutsche Soldaten, plündernd die Stadt durchzogen, haben die lettische Kasernen, dann das Haus der englischen Mission geplündert und die lettische Bank zu plündern versucht. Gemeine Plünderungssucht ist die einzige Triebfeder für ihr Handeln. Die Schandtat solcher Lumpen schänden den deutschen und russischen Namen. Der Gouverneur von Mitau hat durch Bereitstellung von Waffen und Nachtpatrouillen Vorkehrung zu treffen, daß sich solche Vorfälle nicht wiederholen. Auf jeden Plünderer ist rücksichtslos zu schießen, wozugleich die Augen scharf zu schaden für solches Besten ist.

Mitau, 30. August.
Nach Einnahme von Vieslau durch die Bolschewisten ist die Lage an dieser Front ernst. Bei einer Besprechung in der englischen Mission zwischen dem Vertreter des einflussreichen Hochkommandierenden und dem Führer des Detachements Koller ergab sich eine Einigung über eine gemeinsame Besetzung der Front.

Besonders gefährdend ist, daß die blutigen Wirren in Kurland auch nach Litauen übergreifen. Wie uns aus Kopenhagen gedruckt wird, hat der Vertreter Litauens in Lettland, Schlusas, in einer Unterredung mit den Pressevertretern geäußert, daß deutsche Soldaten, die Lettland verlassen, eine Operationsbasis zu unbedeutenden Zwecken auf litauischem Territorium begründen. Eine unter dem Kommando des Obersten Birgolitisch stehende, meist aus Reichsdeutschen gebildete Abteilung besetzte Kurkshany und nahm eigenmächtige Requisitionen und Rekrutierungen vor. Die litauische Regierung protestiert energisch gegen diesen Vorstoß und warnte die hilfesuchend an die Entente. Zu derselben Angelegenheit liegt noch folgende Meldung vor:

N. H. Haag, 30. August.
„Kurlandisch Kiewskaja“ meldet aus Paris: Die litauische Delegation in Paris hat eine Note an den Obersten Rat in Paris gerichtet, in der sie die Forderung in den von den Deutschen besetzten Landesteilen darlegt. Die Delegation erklärt, daß die Lage so schlimm sei, daß die Entente sofort Maßnahmen treffen müßte, damit die Räumung des litauischen Gebietes durch die deutschen Truppen erfolge.

Das Abenteuer in Kurland zieht demnach immer weitere Kreise. Der Ozeankeßel im Osten, in dem die deutschen Militärs so kräftig herumrühren, dürfte dem deutschen Volke noch manche unliebbare Ueberraschung bereiten.

Der Kampf um die Betriebsräte.

Den Fraktionen der Nationalversammlung ist von der Arbeitgemeinschaft freier Angestellterverbände ein Gegenentwurf zur Regierungsvorlage über die Betriebsräte zugegangen, der u. a. die Ausdehnung des Gesetzes auf die Beamten fordert, um so den Kreis der Arbeitnehmer (Arbeiter, Angestellte und Beamte) zu schließen. In organisatorischer Hinsicht entsprechen die Vorschläge der A. F. A. einer konsequent durchgeführten Betriebsdemokratie. Die Aufgaben des Betriebsrates werden nach folgenden Grundsätzen gestellt:

Der Betriebsrat steht als Interessenvertretung der einen Vertragspartei im Arbeitsvertrage grundsätzlich gleichberechtigt neben der Betriebsleitung. Er hat insbesondere die gesamte Leitung des Betriebes zu übernehmen und in ihr auf die Wahrung des volkswirtschaftlichen Gesamtinteresses hinzuwirken. Der Betriebsrat soll sich Weisung der hiesigen Führungsinstitution mit der wirtschaftlichen Gesamtinteressenvertretung der Arbeitnehmer, der Gewerkschaft verschließen.

Zu den Aufgaben des Betriebsrates gehören insbesondere die Überwachung der gesetzlichen Vorschriften im Betriebe, der Tarifverträge, die Ausarbeitung aller Arbeits- und Betriebsbedingungen, Wahrung der Koalitionsfreiheit der Arbeitnehmerschaft, Einstellungen, Kündigungen, Entlassungen, Versetzungen und Erhebungen gemeinsam mit der Betriebsleitung vorzunehmen.

Es ist bezeichnend, daß auch von den Gewerkschaften das Mitbestimmungsrecht in der Produktionsführung nicht mit gleicher Entschiedenheit gefordert wird, wie es hier seitens der Angestellten geschieht. Es wird an den organisierten Handarbeitern liegen müssen, auf ihre Gewerkschaftsleitungen mit dem nötigen Nachdruck einzuwirken.

Gegen den Betriebsrätegegenschwurf, der in gänzlich ungenügender Weise die Forderungen der Arbeiter- und Angestelltenverbände berücksichtigt, wird von den Unternehmern Sturm gelaufen. In einer Denkschrift an die Nationalversammlung, eingereicht vom Reichsverband der deutschen Industrie, der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, dem Zentralverband des deutschen Großhandels, der Hauptgewerkschaft des deutschen Einzelhandels, dem Zentralverband des deutschen Bau- und Sanftgewerbes wenden sich die Unternehmer besonders gegen das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und gegen das Recht der Einsichtnahme in Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen. Auch die Draufhebung des Wahlalters auf 20 statt 18 Jahre und der Wahlbarkeit auf 25 statt 20 Jahre wird verlangt. Im übrigen werden die Bestimmungen als unannehmbar bezeichnet.

Wie haben in dieser Stellung der Unternehmer gegen die Betriebsräte auch in dieser harmlosen Form, wie sie der Regierungsentwurf vorsieht, einen Beweis für das Unver-

ständnis, daß die Unternehmer dem Erfordernissen des modernen Wirtschaftslebens entgegenbringen, wenn dadurch ihre Alleinherrschaft in den Betrieben auch nur im geringsten angegriffen wird.

Sitzung des Volkstrotzes.

Der Wiederaufbau. — Die Steuerveranlagung der Arbeiter.

Der Volkstrotz beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete. Der Koalitionsausschuß, der sich in der Sitzung, die am 22. August in den Räumen des Volkstrotzes stattfand, konstituierte, hatte seine erste Tagung am 27. August 1919. Vertreten waren: der Volkstrotz, die Gewerkschaftskommission, die deutsche Architektenkammer und die Arbeiterlosen. Es wurde beschlossen: auf der Grundlage der programmatischen Erklärung mit der zuständigen Regierung in Verhandlungen zu treten. Es sollte gefordert werden, daß ein Ausschuß von Vertrauensmännern aus oben genannten Körperschaften nach den zerstörten Gebieten entsandt wird. Des weiteren die Einberufung einer Konferenz sämtlicher Arbeiter-Betriebsräte und der freischaffenden Kräfte, und zwar vornehmlich aus den Städten und Industriegebieten. Auf diesem Kongreß soll die Kommission über die Ertragsfragen und Anschaffungen, die sie im zerstörten Gebiet gesammelt hat, Bericht erstatten; ferner soll die Wahl der Kommission, die in der programmatischen Erklärung gefordert wurden, vorgenommen werden. Die Vertreter des Volkstrotzes gaben die Erklärung ab, daß sie infolge der Gewaltmaßnahmen der Regierung gegen den Volkstrotz an den Verhandlungen mit der Regierung nicht teilnehmen können, im übrigen aber auf der Grundlage der programmatischen Erklärung weiter arbeiten wollen. Der Volkstrotz beschloß den Antrag der legalistischen Techniker, eine Vertretung der Techniker in dem Koalitionsausschuß aufzunehmen.

Der Volkstrotz beschäftigte sich der Volkstrotz mit der Vertretung der Arbeiterschaft aus den Industriegebieten, die infolge der Kriegskonjunktur eine Steigerung der Löhne und Verdienste zu verzeichnen hatten. Dagegen erhalten die Arbeiter und Angestellten ihrer Steuerveranlagung und werden zu sehr hohen Steuerleistungen herangezogen. Diese Arbeiter sollen sofort für zwei Quartale Steuern in Höhe von 300 bis 700 Mark sofort befreit werden. Dazu sind sie anherbeizuführen. Der Mehrerwerb während des Krieges ist für leere Schicksalschuldner aufgewandt worden, da ja die rationierten Lebensmittel nicht ausreichten, um die verlangte intensive Arbeitsleistung zu ermöglichen. Jetzt droht Beklagung des Lohnes oder der Wohnungseinstellung. In der Arbeiterschaft macht sich eine starke Erbitterung bemerkbar, die noch verschärft wird durch die infolge Rohstoffmangel verurteilte Arbeitslosigkeit. Wenn dazu die demnächst zu erwartende Mehrbelastung der Lebenshaltung durch die geplante indirekte Besteuerung tritt, dürfte der Ausbruch der Verzweiflung kaum zu umgehen sein. Der Volkstrotz hat zur Regierung kein Verlangen. Es dürfen wohl alle Verhandlungen zur Verringerung der Steuern ergebnislos verlaufen, zumal die Regierung, die früher vom Volkstrotz gemachten Vorschläge zur Lösung unserer Wirtschaftslage bis heute noch nicht beantwortet hat.

Das Verbrechen des U-Bootkrieges.

Immer mehr treten die unheilvollen Nachwirkungen des U-Bootkrieges hervor. Er erweist sich letzten Endes als das Mittel, das neben der Schädigung der allgemeinen Weltverkehrsverhältnisse ganz besonders verhängnisvoll für Deutschland selbst wird. Eine eigene deutsche Handelsflotte gibt es nicht mehr; da Deutschland außerdem durch den Friedensvertrag gezwungen ist, fünf Jahre lang für die Entente jährlich 20 000 Tonnen Schiffsraum zu bauen, wird es bei dem herrschenden Rohstoffmangel kaum möglich sein, für die deutsche Handelsflotte irgendwelche nennenswerten Schiffsraum fertigzustellen. Durch die große Verminderung des Schiffsraumes sind die Seefrachten gewaltig gestiegen. Diese Steigerung wird gerade für Deutschland durch den niedrigen Stand der Valuta zum Verhängnis. Das drückt sich ganz besonders aus in den enormen Preisen für alle einschlägigen Lebensmittel und Bedarfsartikel sowie auch für die Rohstoffe, die wir so dringend zum Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens brauchen. Wir werden lange Zeit unter den furchtbaren Folgen des verhängnisvollen U-Bootkrieges zu leiden haben.

Erklärung.

Wir erhalten folgende Zuschrift:
Der berühmte Hellmann erweist mir neuerdings in seiner „Sozialistischen Korrespondenz“ die Ehre, mich zu verurteilen. Abgesehen von einigen beim B. T. gepumpten Lügen, die ich hier schon am 4. und 7. April gründlich widerlegt habe, behauptet er, ich wäre 1915 von einem bekannten Dichter (der Name ist nicht zur Sache gebräucht worden, weil ich, wie es wörtlich heißt, „allzu unglücklich über die bei der Besetzung der Lusitania ertrunkenen Menschen jubelte“).

Dazu erkläre ich: 1. Ich bin nicht Redakteur der „Freiheit“, sondern nur der „freien Welt“, 2. die Schlagschrift war nicht die Folge davon, daß ich die Verurteilung der Lusitania „bejubelte“, sondern daß ich aus ganz persönlichen, völlig unpolitischen Gründen die Einschaltung des erwähnten Dichters, mit dem ich mich kurz vorher verstritten hatte, in das Gepräch, mit ein paar Grobheiten zurückwies. Nur weil ich ihn beschimpfte, attackierte er mich, aber nicht wegen meiner Äußerungen über die Lusitania. 3. Die Verurteilung der Lusitania habe ich tatsächlich, da ich leider bis Mitte 1916 nationalistisch gedacht habe, verteidigt. Das mit dem „Jubel“ ist natürlich gelogen. Wie ich seit über drei Jahren über dieses Verbrechen denke, brauche ich wohl nicht erst zu sagen. Niemals habe ich aber, selbst in den ersten sozialnationalistischen Kriegsjahren, auch nur mit einem einzigen Artikel, die deutsche Kriegspolitik irgendwie unterstellt wie der Hellmann tägl.

Eine Schande sind überhaupt nicht diejenigen, die durch so gewaltige Ereignisse Sozialisten geworden sind, sondern nur die, die den Sozialismus schon gekannt und trotzdem verraten haben. Felix Schöninger.

Herr Hellmann will von und wissen, ob wir ihn für „Kunststücken“ halten. Wir erwidern ihm darauf, daß wir mit der sozialistischen „freien Welt“ vollständig einverstanden sind. Es noch geltend machen, daß Hellmann unbekannt und unbesorgter Mitarbeiter der „Deutschen Zeitung“ sei.

Aus der Partei.

Das internationale sozialistische Bureau.
Nachdem die Militärzensur in Belgien aufgehoben ist, wird das Sekretariat der zweiten Internationale in Ausführung eines kürzlich in Soukhet genommenen Beschlusses des Exekutivkomitees ab 1. September 1919 seinen Sitz wieder im Volkshaus in Brüssel haben, bis der im Februar in Genf stattfindende allgemeine Kongreß sich über den endgültigen Sitz des Sekretariats ausgesprochen haben wird.

Lebensmittellisten.

Berlin. In der Woche vom 1. September bis 7. September darf Brot nur auf die Vorkarte mit dem Stichwort 'Lebende' abgegeben werden...

Charlottenburg. Es gelangen zur Ausgabe: 250 Gr. Fleisch, 7 Pfd. Kartoffeln, 1/2 Pfd. Zucker, Allgemeine Groß-Berliner Lebensmittelkarte mit Nachdruck Charlottenburg: 250 Gr. amerik. Weizenmehl...

Wilmersdorf. 250 Gr. Fleisch auf Abchn. 26. Kartoffeln auf die Doppelabchn. 26a bis 26g, Höchstpreis 15 Pf. für das Pfund. Zucker auf Abchn. 72 für die Zeit vom 1. bis 18. September...

Neukölln. Ausgabe von 500 Gr. Kartoffelfüllmehl sowie Ziegenbrot und 500 Gr. Nahrungsmittel für Jugendliche aus Reichshänden in den besonders bekannt gegebenen Verkaufsstellen...

Tempelhof. Woche vom 1. bis 7. September 1919. Fleisch wie üblich. Kartoffeln 5 Pfd. 250 Gr. ausl. Schweinefleischprodukte (7 10). Für die Zeit n. 1. bis 15. Sept. 1919...

Leib. In der Woche vom 1. bis 7. September: Groß-Berliner Lebensmittelkarte: Abchn. 79 200 Gramm Heringssardellen, Karte für Jugendliche: Abchn. 43 1/2 Pfund Heringssardellen...

Schreibmaschine kauft Elektro-Kutter, Elektromotor, 1/2 und 3 PS, kauft Elektro-Kutter, Glimmer kauft jeden Posten Elektro-Kutter, Widerstände - Drähte kauft jeden Posten Elektro-Kutter...

neben dem Namen des Milchkarteninhabers auch die Wohnung (Straße und Hausnummer) anzugeben. Die Milchkarteninhaber haben auf ihrer Karte Namen und Wohnung zu vermerken...

Stettin. Am Sonnabend, den 6. September, gefangen in den hiesigen Geschäften zum Verkauf: Auf Abchn. 69 der Lebensmittelkarte 200 Gr. Kartoffelfüllmehl, auf Abchn. 60 500 Gr. Graupen...

Regel. Vom 1. bis 7. September kommen folgende Lebensmittel zur Ausgabe: 250 Gr. Telegrosen und 500 Gr. amerik. Weizenmehl (Kornbrot). Vom Freitag, den 5. Sept. d. J. ab bei den Kleinhandlern: Auf Abchn. 61 der Lebensmittelkarte 500 Gr. inländ. Hülsenfrüchte...

Schöneberg. Die am 2. September findet voranmeldende Karte für je 1/2 Pfd. amerik. Weizenmehl auf die Abchn. 21 15 und 21 16 der Einfuhrzulasskarte und 550 Gramm Nahrungsmittel auf die Abchn. 73 und 79 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte...

Tempelhof. Woche vom 1. bis 7. September 1919. Fleisch wie üblich. Kartoffeln 5 Pfd. 250 Gr. ausl. Schweinefleischprodukte (7 10). Für die Zeit n. 1. bis 15. Sept. 1919...

Aus den Organisationen.

4. Kreis. Landberger Viertel. Sitzung der Zeitungskommission Montag abend 7 Uhr, Peterburger Str. 5. Um pünktliches Erscheinen wird ersucht. Teltow-Bezirk. Heute, Sonntag, vormittags 10 Uhr, im Rathaus Reichlin (Stadterordnetenratungsausschuss) Konferenz aller örtlichen Jugendvereine...

Konfessionsgesellschaft, Berliner Str. 47 und Wollankstr. 102 und dem Genossen Schmitz, Götzsch, Edle Horowitz. Die Parteimitglieder werden gebeten, sich rechtzeitig mit Eintrittskarten zu versehen...

Bereinstellen.

Arbeitslos-Gemeinde. Am Sonntag, den 21. August, vorm. 11 Uhr in der Klosterstraße, Klosterstr. 43a, Vortrag des Herrn Dr. H. Rosenbergs: Die Einziehung des Christentums. - Gartenbauverein. Am Freitag (Schubert), - Gäste willkommen. Arbeiter-Samaritaner-Bund, Kolonnen Groß-Berlin. Lehr- und Lehrgangskunde haben: Montag abend 7 1/2 Uhr, Bezirk Osten, Abt. 1, Lichtenberg, Scharrnbeckerstr. 60, im Restaurant, Bezirk Tempelhof...

Verantwortlich für die Redaktion: Alfred Bielepp, Reichlin, Verlagsgesellschaft 'Freiheit', s. G. m. b. H., Berlin. - Druck der Verlagsdruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 14.

Advertisement for 'Schlafzimmer' (Bedroom) featuring various furniture items like beds, tables, and chairs, along with contact information for a shop.

Advertisement for 'Alte Metalle' (Old Metals) and 'Spiralbohrer' (Screw Drills), listing various metal goods and tools available for sale.

Advertisement for 'Elektromotoren' (Electric Motors) and 'Spiralbohrer', featuring an illustration of a person working with a drill and listing technical specifications.

Advertisement for 'Unterricht' (Education) and 'Tiermarkt' (Animal Market), listing various educational services and animal-related products.

Gewerkschaftliches.

Lohnforderungen der Eisenbahnarbeiter.

In den Kreisen der deutschen Eisenbahnarbeiter macht sich gegenwärtig wieder eine Lohnbewegung bemerkbar. In den nächsten Tagen bereits sind Protestkundgebungen der Eisenbahnarbeiter angekündigt, die gegen die Zurücksetzung der Arbeiter gegenüber den Beamten nachdrücklich Protest erheben wollen. Diese Bewegung ist nicht zu unterschätzen, da in der jetzt eingebrachten Eisenbahnerliste der preussischen Landesversammlung in der Tat die Arbeiter nicht berücksichtigt worden sind. Wesentlich hat die Reichsregierung einer nach Weimar entsandten Deputation die Forderung gegeben, daß für verheiratete Beamte eine Unterzulage von 1000 Mark, für ledige 600 Mark und für jedes Kind 200 Mark jährlich bewilligt werden. Außerdem sollen die Eisenbahnbeamten eine Monatszulage von 50 Mark erhalten. Einer Abordnung des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes, die sich ins Ministerium begeben hatte, um wegen der Lohnforderung der Arbeiter vorstellig zu werden, erklärte Minister Cser, daß die Reichsregierung die Unterzulage und Gehaltsaufbesserung gewährt habe, ohne sich mit ihm und dem Finanzminister in Verbindung zu setzen. Wenn das Reich in der Lage sei, den Beamten derartige Zuschüsse zu gewähren, so werde er sich mit seiner Verantwortlichkeit dafür einverstanden erklären, daß auch den Arbeitern Entschuldigungsverzinsungen in der gleichen Höhe bewilligt werden. Ebenso müsse natürlich eine Lohnaufbesserung der Arbeiter vorgenommen werden. Die Delegation machte den Minister darauf aufmerksam, daß eine Gärung unter den Eisenbahnarbeitern bestehe, da in dem Entwurf, der Mitte September der preussischen Landesversammlung vorgelegt wird, der Arbeiter mit keinem Wort gedacht ist. Eine Verabredung könne nur dadurch erzielt werden, daß der Minister öffentlich erkläre, daß das Reich ebenso für die Arbeiter wie für die Beamten zu sorgen gewillt sei. Es wurde sowohl der preussischen Landesversammlung als auch der Reichsregierung eine Denkschrift überhandt, in welcher auf die Notwendigkeit einer Entschuldigungsverzinsung hingewiesen wird.

Außerordentliche Generalversammlung der Berliner Metallarbeiter.

Am 25. August fand die außerordentliche Generalversammlung der Ortsverwaltung Groß-Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes statt, um Stellung zu nehmen zu dem für die Metallindustrie in Berlin gefällten Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses und um Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Metallindustrie zu treffen. Unsere Leser sind über den Inhalt dieses Schiedsspruches bereits unterrichtet, und auch über den Beschluß dieser Generalversammlung, die die Annahme des Schiedsspruches empfahl, haben wir bereits berichtet. Aus der Diskussion haben wir noch folgendes hervorzuheben: Nachdem sich der Schiedsspruch in seinen Einzelheiten dargestellt hatte, wies er darauf hin, daß dieser nicht alles bringe, was erwartet werden sei. Jedoch seien auch einige Verschlechterungen, die die Unternehmer in diesem Abkommen hinein haben wollten, abgelehnt worden. Es sei z. B. bereitwillig worden, daß die bestehenden Spitzenlöhne abgebaut werden. Es komme nunmehr darauf an, daß die Kollegen bei der Eingliederung in die fünf bestehenden Lohnklassen auf dem Vollen seien. Die erweiterte Verwaltung empfehle die Annahme des Schiedsspruches und lasse sich dabei von dem Gedanken leiten, daß man sich den Kampf von den Unternehmern nicht anfänglich lasse. Man müsse sich darüber klar sein, daß wenn man sich zu einem derartigen Kampf entschleide, es dann nicht ein wirtschaftlicher Kampf, sondern ein Kampf um die Produktionsmittel sei.

Nach einer eingehenden Diskussion, in der der Schiedsspruch vielfach scharf kritisiert wurde, wurde dann in der Abstimmung mit 200 gegen etwa 100 Stimmen der Schiedsspruch angenommen. Nach Erledigung dieses Tagesordnungspunktes äußerte sich der Vorsitzende noch den Wunsch, daß zwischen der Verwaltung und den Obleuten der Betriebe eine bessere Verbindung hergestellt werde. So sei es z. B. notwendig, daß den Obleuten alle Druckfachen zugehändigt werden, die für sie wertvollen informativen Charakter haben. Nachdem das dies im Namen der Verwaltung verprochen hat, beantwortete er die Anfrage Sachheim's dahin, daß es der Verwaltung natürlich bekannt sei, daß einzelne Betriebe wegen Kohlenmangels geschlossen werden. Man habe deswegen mit den Unternehmern nicht in Verhandlung, habe sich aber an die Regierung gewandt, um mit dieser gemeinsam zu beraten, wie die Kohlennot in Berlin behoben werden könne. Die nach seiner Meinung zum größeren Teil eine Transportmittelnot sei, veranlaßt durch den unverantwortlichen Schienenbau in den Eisenbahnreparaturwerkstätten. Damit war die Tagesordnung erschöpft.

Die Steinseher gegen ihren Vorstand.

Eine große Protestversammlung der Steinseher und Berufsgenossen (Königsplatz Berlin), einberufen von den Vertrauensleuten der U. S. V. D. und der A. P. D. des Berufs, fand am Sonntag, den 24. August, statt. Die Versammlung sollte Stellung nehmen zu der bevorstehenden Generalversammlung, sowie den gesamten Vorstand ablehnen und neue Kandidaten aufstellen. Eingang der Tagesordnung beschäftigte sich die Versammlung mit den Anschuldigungen gegen die Genossen Däcker und Schröder, denen vorgeworfen war, daß sie in Wien Streikbrecherdienste geleistet hätten. Nachdem die beiden diese Anschuldigungen widerlegt hatten, wurde ihnen von der Versammlung einstimmig ein Vertrauensvotum ausgestellt. Als Kandidaten zum Filialvorstand wurden dann gewählt: Arlt als 1. Vorsitzender, Lenz als 2. Vorsitzender, Schumann als Kassierer, Däcker als Kassierer, Janse als Schriftführer, Wartenberg als Schriftführer, Friß Krause und Gädner als Beisitzer.

Sibura gab dann einen Überblick über die Veranlassung zu der Aufstellung neuer Kandidaten für den Filialvorstand. Der alte Vorstand habe sich offen als Gegner des reinen unparteiischen Wahlsystems und der Regierarbeit bekannt und sei bei der Arbeiterratswahl untätig gewesen. Auch in der Schlichtungskommission seien die Interessen der Kollegen mit Füßen getreten worden. Die Mitglieder der Kommission, die sich für die Interessen der Kollegen eingesetzt haben, seien oftmals beschimpft worden. Sibura forderte deshalb auch das Zurücktreten der Schlichtungskommission, was von anderen Rednern noch unterstützt wurde. Krieger versuchte, den Vorstand und die Schlichtungskommission zu verteidigen, was ihm aber nicht gelang. Krieger behauptete ebenfalls, alle Verhandlungen abgebrochen, mußte aber zugeben, daß sie alle auf Wählerdruck beruhen. Große Unruhe entstand, bei der Mitteilung, daß der Gauleiter Schente sich seit Jahren alle Sitzungen dreimal bezahlen ließ. Derselbe Schente bezahle aber die Kollegen, die etwas für ihre Berufsgenossen aus den Unternehmern herausgeholt haben, als Räuber. Ein Antrag der Schlichtungskommission ein Vertrauensvotum auszusprechen,

wurde einstimmig angenommen, beiseite ein Antrag, daß die jetzigen Vertreter des Berufs in der Gewerkschaftskommission ihre Mandate niederzulegen haben. Ebenfalls einstimmig angenommen wurden folgende Anträge: Die sämtlichen Gelder, die den Arbeitelosen von der Unterzulage jede Woche abgezogen worden sind, dem Inhaberenfonds für politische Betätigung zu überweisen; von jetzt ab darf nur die „Freiheit“ als Inseraten- und Publikationsorgan benutzt werden; sämtliche Mandate des Vorstandes sind niederzulegen, bei jeder Mandatsbefreiung hat sich jeder Kandidat vorher vorzustellen und ein politisches Bekenntnis abzugeben.

Als Kandidaten zur Siebenerkommission und eventuell Delegierte zur Bezirkskonferenz und Schlichtungskommission wurden einstimmig gewählt: Sibura, Riegler, Lenz, Wartenberg, Arlt, Friß, Krause.

Zum Schluß gab Sibura noch einen Bericht über die Erhaltung der Betriebe, Verufe und Arbeitelosen zur Arbeiterratswahl. Er schilderte dann das Vorgehen gegen den Vollzugsrat, das eine Niederknüpfung der Arbeiterschaft, eine Beseitigung der Erzeugnisse der Revolution und die Unterdrückung der Gegenrevolution bedeute. In der regen Diskussion, die sich darauf anschloß, wurde betont, daß die Steinseher geschlossen hinter dem roten Vollzugsrat stehen und den Kampf der revolutionären internationalen Proletariats zur Beseitigung der Menschheit vor Ausbeutung und Knechtschaft durch Kapitalismus und Militarismus aufzunehmen bereit sind.

Achtung, Holzarbeiter!

Aus dem Bureau des Holzarbeiterverbandes, Verwaltung Berlin, wird geschrieben:

Der „Vorwärts“ veröffentlicht ein Mundschreiben des Arbeiterschutzwarteschusses für das Deutsche Holzgewerbe an seine Mitglieder, das sich auf die Verhandlungen durch die Verhandlungskommission bei den generellen Verhandlungen am 20. bis 22. August bezieht. Daraus ergibt sich, daß die Arbeiterschutzwarteschüsse die Abmachungen zugestimmt und unsere Kollegen berechtigt sind, die bewilligten Teuerungszulagen ab 25. August in Anspruch zu nehmen.

Wir machen aber unsere Kollegen weiter darauf aufmerksam, daß durch die veröffentlichten Mindest- und Durchschnittslöhne die jetzt tatsächlich bestehenden höheren Löhne nicht berührt werden. Das Tarifamt hat darüber zu entscheiden, ob dort, wo nach Abschluß des Vertrages bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen bestehen, diese auch weiterhin bestehen bleiben sollen. Falls die Entscheidung nicht so aus, so könnte die am Montag, 1. September stattfindende Stadtkonferenz dem Vertrag seine Zustimmung nicht geben. Deswegen werden unsere Kollegen darauf dringen müssen, daß, nachdem diese Mindest- und Durchschnittslöhne auch mit den eingereichten Forderungen nicht in Einklang zu bringen sind, mit den Arbeitgebern Verhandlungen über diese Frage gepflogen werden. Bei der Beurteilung der Frage der Facharbeiter ist aber noch zu beachten, daß der Mindest- und Durchschnittslohn berechnet ist auf alle unter den Vertrag fallenden Berufsgruppen und Branchen für ganz Groß-Berlin und nicht für den einzelnen Betrieb.

Außer gelernten Tischlern, Maschinenarbeitern, Drechslern, Stellmachern, Polierern usw. gehören zu den Facharbeitern alle über ein Jahr im Beruf beschäftigten Arbeiter wie Weizer, Mattierer, Seimer, Furnierer, Väder usw. Also auf keinen Fall dürfen sich die Unternehmer auf die Abmachungen berufen, um von den jetzt gezahlten Löhnen evtl. Abzüge machen zu können.

Unverständliche Praktiken der Reichsbekleidungsstelle.

Wie bekannt, wird das Material der Kriegsbekleidung zu Arbeiteranzügen usw. umgearbeitet. Nun hat bis jetzt die Firma C. Lewin in Breslau das Monopolrecht der alleinigen Bearbeitung des gesamten Altkleidungsmaterials des Reiches. Man kann sich also ein Bild davon machen, wie durch die Hin- und Herbewegung in der heutigen Verkehrswelt die Transportmittel zu diesem Zwecke in Anspruch genommen werden. Es fand nun Freitag nachmittag eine Besprechung des Bevollmächtigten der Reichsbekleidungsstelle Kuppel mit den einschlägigen Stellen Berlins statt. Es wurde der Stadt Berlin von diesem Herrn das Angebot gemacht, 20 Prozent des Altkleidungsmaterials hier zu bearbeiten, und für die der Firma Lewin überlassenen 70 Prozent vor der Verladung nach Breslau einen Teil der Trennarbeiten sowie die teilweise Verarbeitungen der aus Breslau zurückkommenden Aufschnitte zu übernehmen. Am Ende der Sitzung mußte der Bevollmächtigte allerdings gestehen, daß er über die erwähnten 20 Prozent kein Verfügungsrecht habe, und es noch fraglich sei, ob sie durch das Reichsberichterstattungsbüro der Stadt Berlin übertragen werden. Diese merkwürdigen Praktiken wies man naturgemäß den anwesenden Vertretern der Stadt Berlin, der Arbeitsnachweise, der Arbeitgeber- wie Arbeitnehmerverbände, sowie den Angehörigen der Reichsbekleidungsstelle völlig unverständlich. Es sieht gerade so aus, als wenn es in Berlin keine Schneider gäbe, dabei sind vor kurzem im Bekleidungsministerium ein Aufnahmestellenamt über 50 Prozent der Kriegsbekleidungsarbeiten erteilt worden, trotz der Verfügung des Reichsarbeitsministeriums und ohne das Einverständnis der Reichsbekleidungsstelle. So wird die Arbeiterschaft in Berlin immer mehr künstlich verdrängt. Das Reichsbekleidungsamt hat sich nun einmal auf den Standpunkt gestellt, daß nur die Firma Lewin in ganz Deutschland diese Arbeit machen könnte. Dem Lob des Regierungsvertragers über diese Firma haben allerdings die Erfahrungen des hiesigen Arbeiterverbandes diametral entgegen. Die Anwesenden sehen natürlich den wahren Grund dieser unverständlichen Handlungsweise in der einseitigen Ressortverwaltung, um möglichst viel im eigenen Ressort zu sparen, was die übrige Wirtschaft auch dabei zugrunde gehen. Das ist wieder ein Schulbeispiel unerer Verwaltungsbürokratie.

Eine Deputation der anwesenden Verbände wurde beauftragt, beim Reichsbekleidungsamt vorstellig zu werden, um wenigstens die fraglichen 20 Prozent zu retten.

Wahlengriff eines rechtssozialistischen Verbandes.

Am 9. August fanden die Wahlen der Berliner Sattler und Portefeulles für die Delegierten zum Verbandstag statt. Sämtliche von der Opposition aufgestellten 11 Kandidaten wurden ordnungsgemäß gewählt, während die Rechtssozialisten vollkommen durchfielen. Nun nahm das rechtssozialistische Zentralvorstandesmitglied Döhner, der wohlverstanden selbst einer der durchgeführten Kandidaten war, angeblich im Auftrag des Zentralvorstandes nachträglich eine Wahlprüfung vor, und dies — hier liegt der springende Punkt — ohne Vorliegen der Wahlprüfungskommission, die unparteiisch aus Rechts- und Linkssozialisten zusammengesetzt war. Jetzt stellte sich auf einmal heraus, daß an Stelle von Ogdowsky der rechtssozialistische Kandidat Schulte gewählt sei. Am Freitagabend besuchte sich nun eine außerordentliche Generalversammlung mit dieser Angelegenheit. Mit 224 gegen 40 Stimmen wurde dieser Eingriff als unzulässig bezeichnet und Ogdowsky als ordnungsgemäßiger Delegierter betrachtet. Ein großes Echo auf die parteipolitischen Reaktionen lernt S. D. in der Gewerkschaftsliste die vor der Wahl im „Vorwärts“ veröffentlichte Annonce: „Wir bitten alle Freunde, von der Liste A nur den Kollegen Gottschalk und von der rechtssozialistischen Liste die Überigen 10 Kandidaten zu wählen“, ferner die vom „Vorwärts“ unangekündigt aufgenommene Mitteilung dieses Kandidaten

Schulte: „Wer nicht will, daß unsere Organisation zum Vorteil der wütenden Parteitreiberei wird, wer vielmehr die Stärke der Organisation zur Wahrung seiner wirtschaftlichen Interessen sichergestellt wissen will, der kann nur den Vertretern der seit Jahrzehnten erprobten alten Gewerkschaftsorganisation seine Stimme geben.“ Die Opposition und die Ortsverwaltung setzen sich in vornehmer Weise jeder solchen Wahlbeeinträchtigung entgegen. Klarer konnte es nicht zum Ausdruck kommen, auch nach der Ansicht einer Reihe von Rechtssozialisten selbst, wer die Gewerkschaft zum Spielball der kurzfristigen Parteitriebe macht.

An alle Bureauhilfskräfte der Gemeindebüros Groß-Berlins!

Kolleginnen und Kollegen! Wir richten an euch alle die Mahnung, die Augen offen zu halten. Es machen sich in euren Kreisen seitens unbewußtlicher Elemente immer mehr Bestrebungen geltend, die darauf abzielen, euch unter dem Deckmantel besonderen Kollektivinteresses oder gefälliger Harmonikdusel von der freien Gewerkschaft zu trennen. Diesen Bestrebungen müßt ihr den schärfsten Widerstand entgegenstellen, indem ihr euch immer mehr zu einer berufenen Organisation zusammenschließt. Gerade zur jetzigen Zeit, wo für die Kollegenschaft erste, schwere Momente um Anrechnung des Tarifes in absehbarer Zeit zu erwarten sind, stellen derartige Machinationen undenkbar vorläufige Hindernisse dar. Nur der Anschluß an einen der unterzeichneten Verbände bietet die Gewähr für eine wahre Interessenvertretung. Zentralverband der Handlungsgehilfen, Ortsgruppe Berlin, Verband der Bureauangestellten Deutschlands, Ortsgruppe Groß-Berlin.

Handelsarbeiter im Einzelhandel.

Das Reichsarbeitsamt hat auf Antrag des Deutschen Transportarbeiterverbandes nunmehr den am 12. März mit dem Einzelhandelsverband im Einzelhandel abgeschlossenen Tarifvertrag als allgemein verbindlich erklärt.

Die Verbindlichkeit erstreckt sich aber nur auf Betriebe, die mindestens 50 kaufmännische und gewerbliche Angestellte beschäftigen und beginnt mit dem 1. September 1919.

Alle Handelsarbeiter, die im Detail-Einzelhandel mit Spezialgeschäften tätig sind, in denen als mindestens 50 Personen beschäftigt werden, haben nunmehr einen gesetzlichen Anspruch auf Zahlung der tarifmäßigen Löhne und die sonstigen im Vertrag vorgesehenen Vereinbarungen.

Die Kollegen wenden sich in allen diesen Fragen an die unterzeichneten Branchenstellen.

Deutscher Transportarbeiterverband, Branches im Einzelhandel. J. A.: F. Polster.

Streik der Schneider in der Damenschneiderei.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Es war leider nicht möglich die zwischen dem Schneiderverband und dem Verband der Arbeitgeber der Damenschneiderei seit Monaten geführten Tarifverhandlungen auf friedlichem Wege zum Abschluß zu bringen. Wenn die Schneider der Ortsgruppe Berlin II, am 27. d. Mts. den Streik beschlossen, so ist das nur eine Folge der Verschleppung der Verhandlungen durch die Arbeitgeber und gegenüber angewandt haben. Die Arbeitgeber und Direktoren lassen sich nicht abblenden und treffen sich zur Streikversammlung im Lokal „Zum alten Köhler“, Anhalterstr. 11 am 1. September 1919, vormittags 9 Uhr.

Für die Lohnkommission des Schneiderverbandes, Ortsgruppe Berlin II.

Lohnbewegung der Angestellten in der Kallindustrie.

Der Hauptausschuß der Angestellten der Kallindustrie tagte am Sonntag, den 24. August, in Magdeburg. Die Beratungen an denen sich die geladenen Vertreter der kaufmännischen und technischen Angestelltenverbände beteiligten, hatten die Aufgabe der Regelung der Kallangestellten zum Gegenstand. Man hat sich dabei, daß die Kallindustrie infolge der im Juli in Frankreich getretenen bedeutenden Preiserhöhung sehr wohl in der Lage ist, den Angestellten angemessene Gehaltszulagen bewilligen zu können. Ferner wurde beschlossen, die bestehenden Tarife zu kündigen und ab 1. Januar 1920 neue Tarife mit dem Arbeitgeberverband zu vereinbaren. Zur Ausarbeitung der Tarife wurde eine besondere Kommission gebildet, die mit den Arbeitgebern bereits begonnen hat.

Mit Rücksicht darauf, daß durch die eingetretene Preiserhöhung sowie durch die den Kallarbeitern bewilligten Gehaltszulagen die Lohnverhältnisse auch für die Angestellten eine neue Situation geschaffen ist, gelangte eine entsprechende Resolution einstimmig zur Annahme und wurden die Organisationen der kaufmännischen und technischen Angestellten beauftragt, sofort in Verhandlungen mit den Arbeitgebern einzutreten zum Zweck einer abschließenden Revision der jetzt geltenden Tarifverträge. Die drückende Notlage, in der sich die Angestellten befinden, erfordert sofortige Berücksichtigung zum dringenden Gebot macht, fordern die Angestellten die sofortige Auszahlung einer vierwöchentlichen Gehaltszulage und beauftragen die Organisationen, Verhandlungen auf dieser Richtung mit den Arbeitgebern sofort einzuleiten.

Generalversammlung der Buchbinder. Die Wahl der Mitglieder des Arbeitervereins für den Verbandstag. Ständige Vertreter: Richard Saenell, Richard Hansen, Hans Herzog, Leopold Jänemann, Sophie Wedrich, Eduard Schick, Erhard Weijher, Paul Böhde, Paul Flemer, Otto Müller, Alfred Schade, Adolf Schubert, Feleka Leschow. Die Stimmenzahl der Gewählten bewegt sich zwischen 204 und 430, während von den Rechtssozialisten aufgestellten Kandidaten nur 50 bis 120 Stimmen erhielten.

Advertisement for 'Die freie Welt' magazine. Text: Ssashka Schegulow, Revolutionsroman von L. Andrejew, erscheint in der Illustrierten Wochenschrift Die freie Welt, 20 Pfennig. Bei jedem Zeitungshändler erhältlich. Der Anfang des Romans wird nachgeliefert.

